



## Deutsche Wirtschaft verliert den Anschluss

DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2024

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

**DIHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammer

**IHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammern

# Inhalt

<b>Wesentliche Ergebnisse .....</b>	<b>3</b>
<b>Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....</b>	<b>4</b>
<b>Geschäftserwartungen der Unternehmen.....</b>	<b>7</b>
<b>Geschäftsrisiken der Unternehmen.....</b>	<b>10</b>
<b>Exportserwartungen der Industrieunternehmen .....</b>	<b>14</b>
<b>Investitionsabsichten der Unternehmen.....</b>	<b>17</b>
<b>Beschäftigungsabsichten der Unternehmen.....</b>	<b>21</b>
<b>Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen .....</b>	<b>24</b>
<b>DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....</b>	<b>26</b>

# Impressum

## Deutsche Industrie- und Handelskammer

### Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

### DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

### DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

**Redaktion:** Dr. Kathrin Andrae, Alena Kühlein, Lola Machleid, Dr. Niclas Wenz, Dr. Jupp Zenzen

**Grafik:** Sebastian Titze, DIHK

**Stand:** Oktober 2024

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter [www.dihk.de/konjunktur](http://www.dihk.de/konjunktur)

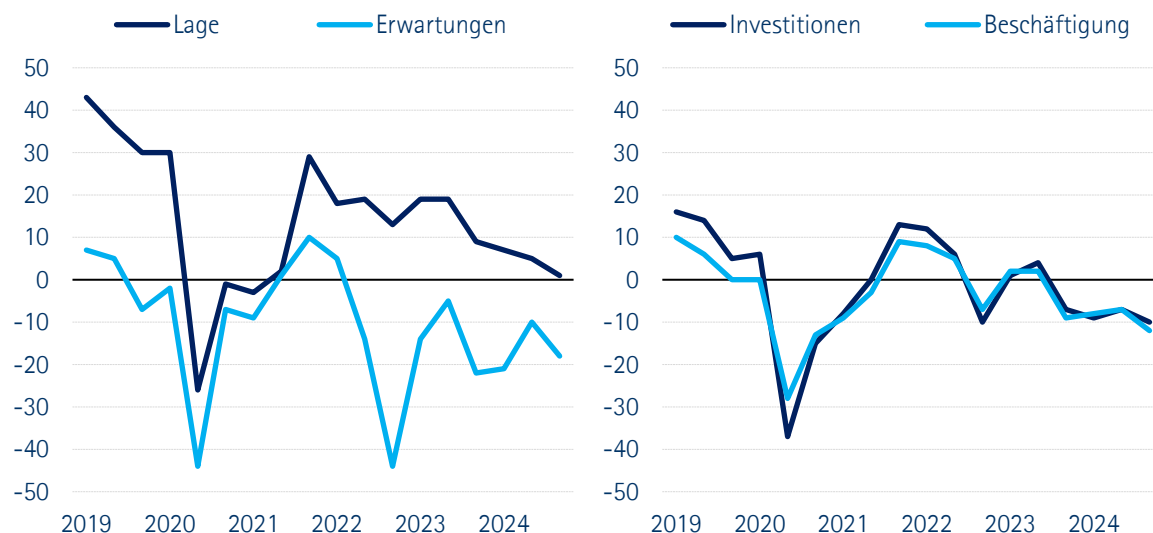
## Wesentliche Ergebnisse

**Prognose:** Die Zahlen geben keinerlei Anlass für Optimismus. Für 2024 senkt die DIHK die Prognose auf allenfalls eine „rote Null“ (-0,2 Prozent). Auch für das kommende Jahr ist mit Null-Wachstum zu rechnen (0,0 Prozent):

- Die schlechten Erwartungen aus dem Frühsommer sind betriebliche Wirklichkeit geworden. Die **Geschäftslage** verschlechtert sich weiter. 26 Prozent der Unternehmen melden eine gute Lage, 25 Prozent eine schlechte. Der Saldo der Lagebewertung setzt den Abwärtstrend fort und sinkt von fünf auf nur noch einen Punkt.
- Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen trüben sich ein. Der Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen steigt auf 31 Prozent (nach 26 Prozent). Nur 13 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten (nach 16 Prozent). Im Saldo sinken die ohnehin bereits negativen Erwartungen von minus zehn auf minus 18 Punkte.
- Das häufigste **Geschäftsrisiko** ist erneut die Inlandsnachfrage (59 Prozent nach 55 Prozent), gefolgt von wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (57 Prozent, Höchststand) und Arbeitskosten (54 Prozent, Höchststand). Rund jedes zweite Unternehmen beklagt auch Fachkräftemangel (51 Prozent) und Energie und Rohstoffpreise (49 Prozent). Mehr als 6.600 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“.
- Trotz einer insgesamt robusten Weltwirtschaft verschlechtern sich die **Exporterwartungen** der Industrie: 31 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren, nur 19 Prozent mit steigenden. Der Saldo der Exporterwartungen sinkt um sieben auf minus zwölf Punkte.
- Die **Investitionsneigung** verschlechtert sich: Während erneut 23 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen planen, müssen 33 Prozent Investitionen verringern. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt von minus sieben auf minus neun Punkte.
- Die **Personalpläne** der Unternehmen bleiben restriktiv. Nur zwölf Prozent wollen Personal aufbauen, während 24 Prozent von weniger Beschäftigten ausgehen. Der resultierende Saldo liegt mit minus zwölf Punkten (nach zuvor minus sieben Punkten) weiter merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten.
- Die **Finanzlage** der Unternehmen bleibt insgesamt nahezu unverändert: 41 Prozent (nach zuvor 40 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein.

## Deutsche Wirtschaft verliert den Anschluss

Geschäftslage: Saldo aus gut minus schlecht-Meldungen; Geschäftserwartungen: Saldo aus besser minus schlechter-Meldungen; Investitions- und Beschäftigungsabsichten: Saldo aus höher minus geringer-Meldungen

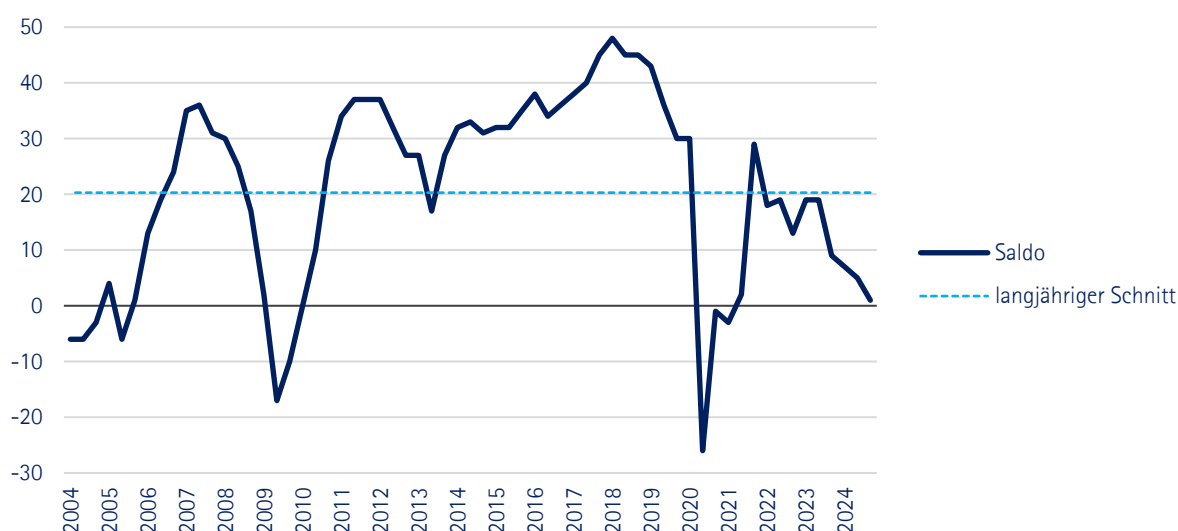


## Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft hat sich binnen weniger Monate über alle Branchen hinweg sichtlich verschlechtert. Die negativen Geschäftserwartungen manifestieren sich im Herbst 2024 in einer schlechteren Bewertung der Geschäftslage. Das deutet auf tiefgreifende strukturelle Probleme am heimischen Wirtschaftsstandort hin. Hohe Kosten für Energie, Personal und Steuern, übermäßige Bürokratie und geopolitische Unsicherheiten belasten die Unternehmen. Hinzu kommt eine schwache Nachfrage aus In- und Ausland. Nur noch 26 Prozent (nach zuvor 28 Prozent im Frühsommer) der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als „gut“. Parallel dazu steigt der Anteil der Betriebe, die ihre Lage als schlecht bewerten, weiter an (25 Prozent nach zuvor 23 Prozent). Der Saldo sinkt damit auf einen Punkt (ggü. fünf Punkten im Frühsommer).

Die wirtschaftliche Eintrübung zieht sich durch alle Größenklassen. Während in den Vorumfragen kleine und mittlere Unternehmen in deutlich stärkerem Maße eine schlechte Geschäftslage zu verzeichnen hatten, haben nun auch die Großunternehmen ihre Einschätzung kräftig nach unten korrigiert. In der Größenklasse ab 1.000 Beschäftigte sinkt der Saldo von 13 auf fünf Punkte. Gleichzeitig setzt sich die Verschlechterung der Lage auch in den mittelständischen Betrieben fort: In den Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten sinkt der Saldo um zwei Punkte auf eins, bei den Unternehmen von 20 bis 199 Beschäftigten um sechs Punkte auf null und bei den Unternehmen von 200 bis 499 Beschäftigten sogar um neun Punkte auf null Punkte.

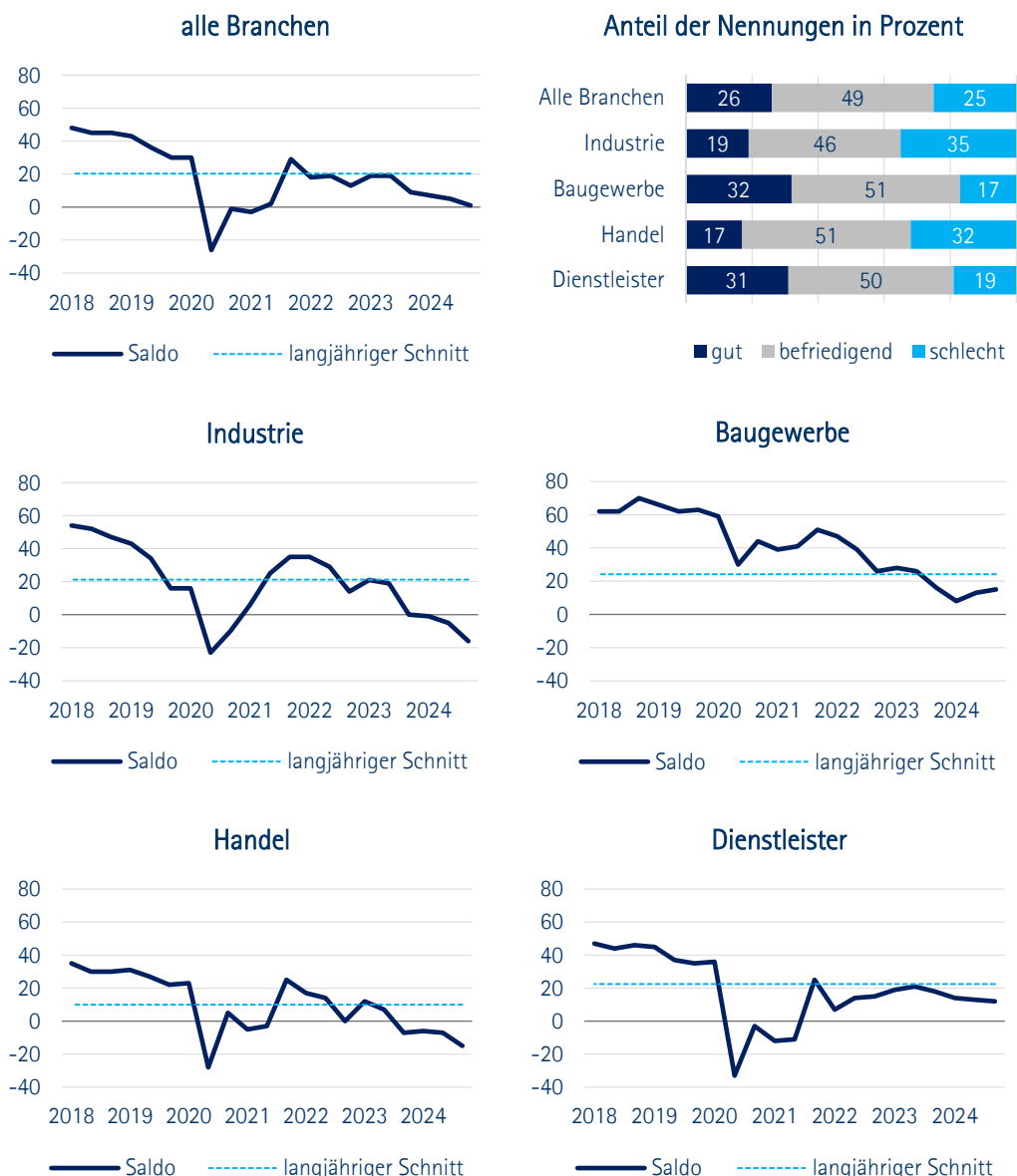
### Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Am schlechtesten von allen Wirtschaftszweigen ist die Lage in der **Industrie**. Die anhaltende Auftragschwäche gepaart mit hohen Kosten- und Bürokratiebelastungen schlägt sich zunehmend in den Büchern nieder. Nur noch 19 Prozent der Betriebe bewerten ihre aktuelle Lage als „gut“, während 35 Prozent sie als „schlecht“ einschätzen. Der Saldo sinkt deutlich auf minus 16 Punkte (nach zuvor minus fünf Punkten) und liegt weit unter dem langjährigen Durchschnitt von plus 21 Punkten. Mit dieser Entwicklung bewegt sich die Industrie etwa auf dem Niveau, das während der Strukturkrise in den Jahren 2002/2003 verzeichnet wurde (Saldo von minus 19 Punkten zu Jahresbeginn 2003).

Besonders schwierig ist die Lage bei den eher energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten**. Der Saldo von minus 30 Punkten (nach zuvor minus 16 Punkten) spricht eine deutliche Sprache. Die hohen Energiekosten sowie die fehlende Planungssicherheit in der Energieversorgung schränken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erheblich ein. Die Metallerzeuger und -bearbeiter hatten es besonders schwer getroffen. Der Saldo bricht weiter auf minus 44 Punkte ein (nach zuvor minus 28 Punkten). Auch in der chemischen Industrie verschlechtert sich die Lage wieder. Der dort seit Herbst 2023 zwischenzeitlich zu beobachtende Aufwärtstrend setzt sich nicht fort. Vielmehr sinkt der Saldo wieder um 14 auf minus 13 Punkte und liegt damit nur unwesentlich über dem Wert von vor einem Jahr (minus 16 Punkte).

## Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Trüb ist die Stimmung auch bei den **Investitionsgüterproduzenten**. Sie sehen sich mit einer schwachen Inlandsnachfrage konfrontiert. Aufgrund der anhaltend schleppenden globalen Industrieproduktion bleiben auch die Bestellungen aus dem Ausland auf einem niedrigen Stand. Die Lagebeurteilung sinkt auf minus elf Saldopunkte (nach zuvor zwei Punkte). Einen besonders dramatischen Einbruch verzeichnet der Kraftfahrzeugbau: Der Saldo stürzt auf minus 31 Punkte ab (zuvor vier Punkte). Hier kommen die tiefgreifenden Herausforderungen, mit denen die Branche konfrontiert ist, zum Tragen: hohe Produktionskosten und die Transformation hin zur E-Mobilität, die zusätzliche Anpassungs- und Investitionsanforderungen mit sich bringt. Hinzu kommen der Trend, „local for local“ zu produzieren, sowie eine wachsende und ernst zu nehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten.

Bei den **Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten** machen sich die Konsumschwäche und die allgemeine Verunsicherung der Verbraucher negativ bemerkbar. Der Saldo sinkt von minus fünf auf minus acht Punkte. Besonders schlecht geht es der Möbelindustrie (minus 27 Saldopunkte nach zuvor minus zwölf Punkten) und dem Textilgewerbe (minus 21 Saldopunkte nach zuvor minus 14 Punkten). Auch in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie verschlechtert sich die Lage. Der Saldo sinkt von zuvor neun auf fünf Punkte. Nur wenige Branchen können sich dem Abwärtstrend widersetzen, wie etwa die Pharmazeutische Industrie (41 Saldopunkte nach zuvor 21 Punkten).

Deutlich eingetrübt hat sich die Stimmung auch im **Handel**. Nur noch 17 Prozent der Händler gelangen zu einer positiven Lageeinschätzung (zuvor 20 Prozent). 32 Prozent sprechen von einer schlechten Lage (zuvor 27 Prozent). Damit hat sich der Saldo seit Frühsommer von minus sieben auf minus 15 Punkte deutlich verschlechtert. Der Großhandel leidet aufgrund der schlechten Industrieentwicklung besonders stark (minus 22 nach zuvor minus zehn Saldopunkten). Aber auch der Einzelhandel (minus zwölf nach zuvor minus sechs Saldopunkten) kämpft mit Nachfrageproblemen bedingt durch die schwache Konsumstimmung und die gestiegenen Preise.

Das **Baugewerbe** verzeichnet insgesamt eine leichte Lageverbesserung. Fast ein Drittel (gleichbleibend 32 Prozent) der Bauunternehmen bewerten ihre Lage als gut, 17 Prozent (nach zuvor 19 Prozent) als schlecht. Der Saldo steigt somit von 13 auf 15 Punkte. Die Unterschiede zwischen den Einzelbereichen des Baus sind jedoch beachtlich. Der Tiefbau profitiert von einer stabilen Nachfrage im Infrastrukturbereich. Langfristig angelegte Großprojekte und staatliche Investitionen wie der Ausbau von Verkehrswegen, die Sanierung von Brücken der Ausbau von Energieinfrastruktur sorgen für eine relativ zufriedenstellende Auslastung und Planungssicherheit. Dementsprechend positiv schätzt der Tiefbau die aktuelle Lage ein (30 Saldopunkte nach zuvor 28 Punkten). Der Hochbau blickt hingegen überwiegend trübe auf seine Geschäftslage (minus zwei nach zuvor minus drei Saldopunkten). Zahlreiche Herausforderungen wie die steigenden Baukosten, anhaltend hohe Zinsen, Fachkräftemangel und Unsicherheiten auf dem Immobilienmarkt wirken sich negativ auf die Auftragslage und Planungssicherheit aus.

Der **Dienstleistungssektor** erweist sich derzeit insgesamt noch als robust. Knapp ein Drittel der Betriebe (31 Prozent nach zuvor 32 Prozent) schätzt seine Lage als „gut“ ein, jeder fünfte (gleichbleibend 19 Prozent) berichtet hingegen von einer schlechten Lage. Der Saldo sinkt geringfügig von 13 auf zwölf Punkte.

Die überwiegend unternehmensnahen Dienstleister folgen der Entwicklung der Industrie – allerdings mit Verzögerung. Ihre Geschäftslage trübt sich ein. Der Saldo sinkt von 21 auf fünfzehn Punkte. Die überwiegend negativen Beschäftigungspläne der Unternehmen spüren insbesondere die Betriebe aus dem Bereich der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, der auch als Indikator für die Konjunktur gilt. Ihre Geschäftslage hat sich weiter verschlechtert, von minus 27 auf nunmehr minus 32 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Pandemie (Saldo im Herbst 2020: minus 39 Punkte). Im Bereich Forschung und Entwicklung machen sich die reduzierten Investitionsabsichten der Industrieunternehmen bemerkbar. Der Saldo sinkt von 13 auf zwei Punkte. Während einige Dienstleistungssparten unter großem Druck stehen, verzeichnen andere indes eine gute Geschäftslage. Bei den Rechts- und Steuerberatungen laufen die Geschäfte ausgezeichnet (55 nach zuvor 56 Saldopunkten). Sie profitieren beispielsweise von der zunehmenden Bürokratie und Komplexität des Steuerrechts.

Die zuletzt wieder gestiegene Kaufkraft der Verbraucher führt auch bei den personenbezogenen Dienstleistern überwiegend zu positiven und stabilen Lagebewertungen. Der Saldo der Geschäftslage liegt mit 17 nach zuvor 19 Punkten weiterhin etwas über dem langjährigen Durchschnitt (19 Punkte). Im Gastgewerbe haben erfreuliche Übernachtungs- und Gästezahlen zu einer Verbesserung der Geschäftslage geführt, trotz hoher Kosten für Energie, Lebensmittel und Personal. Der Saldo steigt um sieben Punkte auf nunmehr vier Punkte.

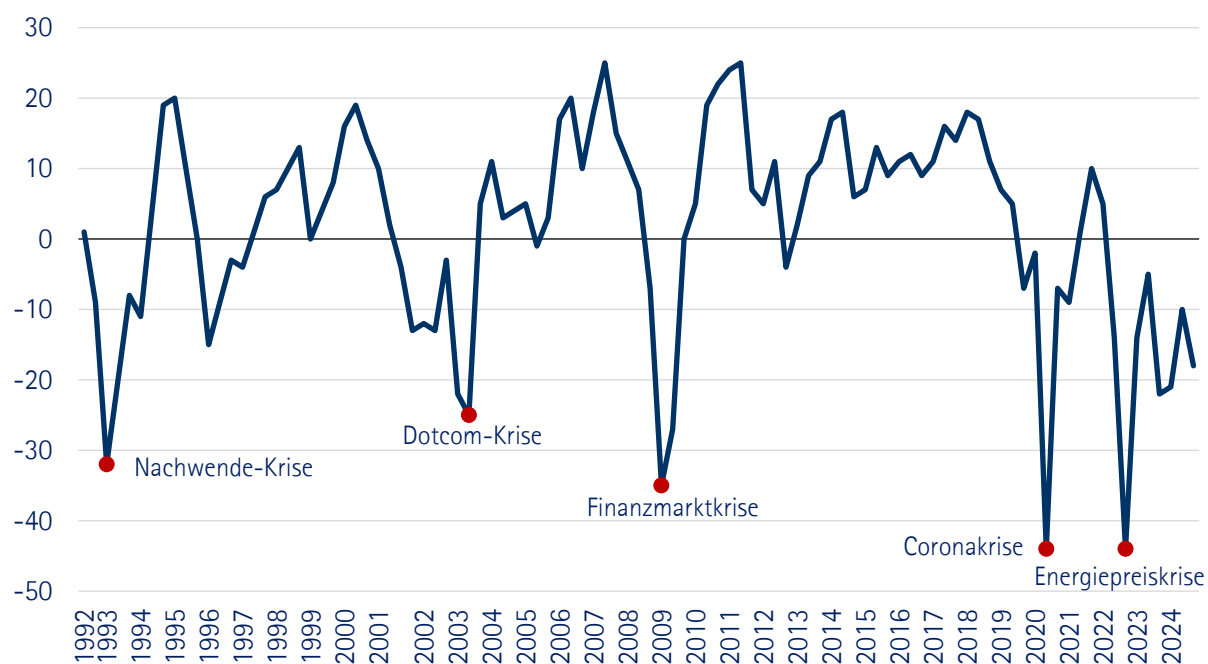
Die Lage im Verkehrssektor hat sich im Vergleich zum Frühsommer geringfügig verbessert (Saldo minus sechs nach zuvor minus sieben Punkte). Trotz dieser leichten Erholung bleibt die Stimmung im Sektor sehr gedämpft, insbesondere im Vergleich zur Gesamtwirtschaft. Ein Hauptgrund für die unter dem Strich negative Einschätzung im Verkehrswesen sind die stark gestiegenen Kosten und die Herausforderung, diese auf die Verlagerer weiterwälzen zu können. Allein die Änderungen bei der Lkw-Maut im Dezember 2023 und im Juli 2024 belasten den Güterkraftverkehr mit jährlich 8 Mrd. Euro. Die Anhebung der Luftverkehrssteuer im Mai 2024 schwächt den Luftverkehrsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb. Die Sanierung der maroden Verkehrswege und die Beseitigung von Engpässen kommt nur langsam voran und führt derzeit zu weiteren Einschränkungen. Sorgen bereitet der Verkehrsbranche aber auch der Fachkräftemangel und der Umstieg auf alternative Antriebe bzw. Kraftstoffe. Die Bereitschaft zum Umstieg ist da, aber hohe Kosten, lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, unzureichende Stromnetze und die geringe Verfügbarkeit nichtfossiler Kraftstoffe hemmen die Umsetzung.

## Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Herbst haben sich gegenüber dem Frühsommer wieder deutlich verschlechtert. Insbesondere steigt der Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen merklich an (31 Prozent nach zuvor 26 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen, geht hingegen zurück (13 Prozent nach zuvor 16 Prozent). Im Saldo sinken die ohnehin bereits negativen Erwartungen von minus zehn auf minus 17 Punkte. Eine schwache Konjunktur im Inland, gedämpfte Nachfrage aus dem Ausland und strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise bereiten den Unternehmen große Sorgen. Zusätzlich erweisen sich unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Hemmschuh für viele Betriebe. Immerhin hat die EZB angesichts rückläufiger Inflationsraten erste Zinssenkungen unternommen, das schlägt sich allerdings derzeit noch nicht in positiveren Erwartungen der Unternehmen nieder.

Die Geschäftserwartungen verschlechtern sich in allen Unternehmensgrößenklassen. Auch die Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) drehen bei den Erwartungen in den negativen Bereich (Saldo von minus zwei nach zuvor plus fünf Punkten). Am pessimistischsten schätzen KMU mit weniger als 200 Beschäftigten die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten ein, der Saldo sinkt von minus zwölf auf minus 20 Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von zwei Punkten.

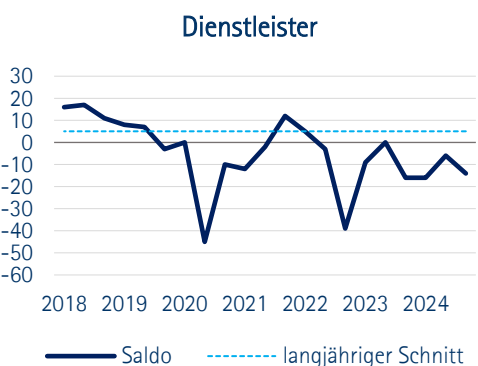
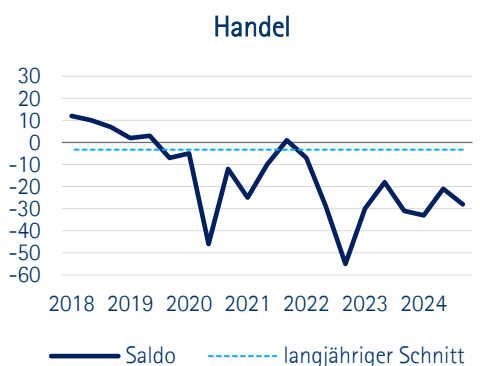
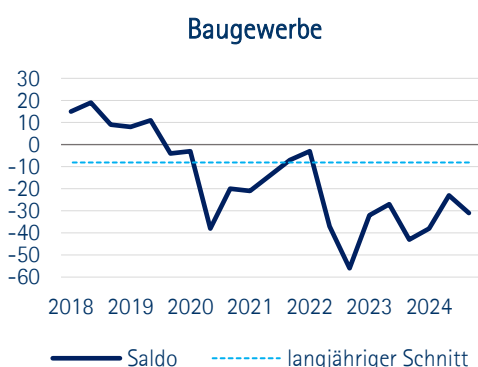
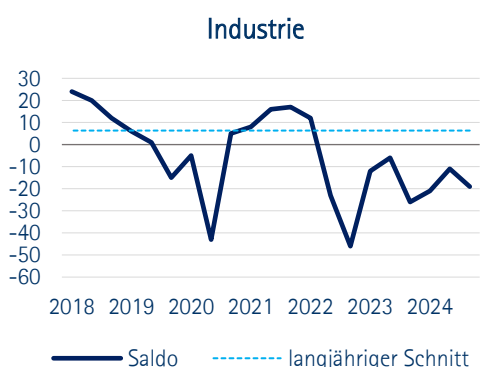
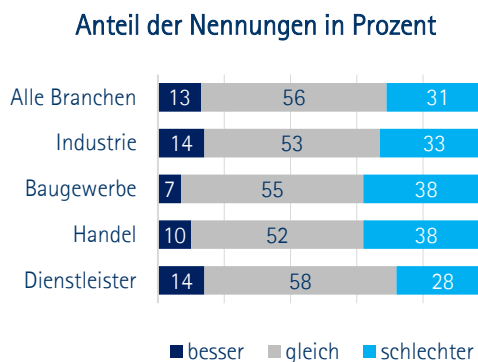
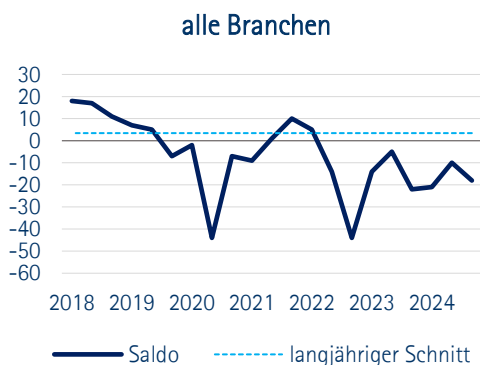
### Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Industrie** leidet an einem Mangel an Aufträgen aus dem Inland, hinzu kommen zahlreiche strukturelle Sorgen, wie z. B. hohe Arbeitskosten oder unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Trotz robuster Weltkonjunktur erwarten die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe auch vom Auslandsgeschäft kaum Impulse. Das belastet die Geschäftserwartungen: Nur noch 14 Prozent der Unternehmen gehen von einer Besserung in den kommenden zwölf Monaten aus (zuvor 17 Prozent). Hingegen erwartet ein Drittel (33 Prozent nach zuvor 28 Prozent) eine Verschlechterung des Geschäfts. Der Saldo sinkt damit merklich um acht auf nur noch minus 19 Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von plus sechs Punkten.

## Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterhersteller** sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit bedroht, z. B. wegen der im internationalen Vergleich weiterhin hohen Energiekosten. Zwei Drittel nennen Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Daher rechnet mehr als ein Drittel der Unternehmen (37 Prozent nach zuvor 30 Prozent) in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Nur 13 Prozent (nach zuvor 16 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus.

Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen nimmt um zehn auf minus 24 Punkte ab. Besonders stark fällt die ohnehin bereits schlechte Stimmung bei den Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik und Steinerzeugung (Saldo von minus 39 nach zuvor minus 25 Punkten) und in der Metallerzeugung und -bearbeitung (Saldo von minus 22 nach zuvor minus 15 Punkten). In der Chemischen Industrie haben sich zwar zuletzt die Erwartungen wieder erholt, nunmehr verschlechtern sie sich jedoch erneut und sinken auf minus neun Punkte – und zwar um 13 Punkte, was auch im Vergleich der Industriebranche eine deutliche Verschlechterung bedeutet.

Trotz robustem Wachstum der Weltwirtschaft springt die globale Industrieproduktion nicht an. Das drückt die Geschäftserwartungen der **Investitionsgüterhersteller** zusätzlich zu den strukturellen Problemen hierzulande. Ein Drittel der Betriebe rechnet mit schlechteren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten (33 Prozent nach zuvor



27 Prozent). Nur 16 Prozent (nach zuvor 18 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt damit von minus neun auf minus 17 Punkte. Das ist nur zwei Saldopunkte mehr als noch vor einem Jahr – als die Konjunktur dieser Industriesparte tief im Keller war. Besonders im Kraftfahrzeugbau brechen die Erwartungen wieder ein. Der Strukturwandel zur Elektromobilität, zunehmender Wettbewerb, z. B. seitens chinesischer Hersteller, und der Trend, mit der Produktion nah an den Absatzmärkten bei steigenden Kosten hierzulande zu sein, lassen die Geschäftserwartung der Kfz-Industrie um 18 auf minus 34 Punkte fallen. Auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik trüben sich die Erwartungen wieder ein (Saldo von minus 18 nach zuvor minus elf Punkten bzw. Saldo von minus acht nach zuvor zwei Punkten).

Am wenigsten düster sind die Erwartungen bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern**. Mehr als ein Viertel (28 Prozent nach zuvor 25 Prozent) geht von einer Verschlechterung aus. 15 Prozent (nach zuvor 17 Prozent) rechnen mit einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten. Damit sinkt der Saldo der Geschäftserwartungen um fünf auf minus 13 Punkte. Positiv heraus sticht dabei die Pharmazeutische Industrie. Die Branche ist nicht nur einer der Profiteure der demografischen Entwicklung, sondern hofft auch auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Pharmastrategie der Bundesregierung. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt um fünf auf 21 Punkte, was sogar über dem langjährigen Schnitt von 16 Punkten liegt.

Hohe Bauzinsen, hohe Kosten, z. B. für Baumaterialien und Fachkräftemangel trüben die Geschäftserwartungen im **Baugewerbe** weiter ein. Hinzu kommen saisonale Effekte, da in den Wintermonaten witterungsbedingt Aufträge im Bau schlechter abgearbeitet werden können. Nicht mal jeder zehnte Betrieb (sieben Prozent nach zuvor elf Prozent) geht von einer Verbesserung der Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten aus. Hingegen rechnen zwei von fünf Betrieben (38 Prozent nach zuvor 34 Prozent) mit einer Verschlechterung. Der Saldo der Erwartungen liegt bei minus 31 Punkten. Das sind acht Punkte weniger als noch im Frühsommer, aber immerhin neun Punkte mehr als noch vor einem Jahr. Im Hochbau sind die Geschäftserwartungen besonders düster. Die Betriebe rechnen noch nicht damit, dass die von der EZB eingeläuteten Zinssenkungen ihnen kurzfristig ein Auftragsplus bescheren werden. Die Auftragslage im Wohnungsbau bleibt schlecht, als häufigstes Risiko wird nach wie vor die Inlandsnachfrage genannt (61 Prozent nach zuvor 62 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen liegt im Hochbau entsprechend bei minus 34 Punkten (zuvor minus 29 Punkte), immerhin aber noch höher als im Herbst 2023 (Saldo: minus 50 Punkte). Im Tiefbau ist die Auftragsperspektive angesichts des großen Investitionsbedarfs in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur besser. Allerdings belasten Unsicherheiten bezüglich der Finanzierung öffentlicher Projekte die Erwartungen. Der Saldo sinkt um zwölf auf minus 26 Punkte. Auch im Ausbaugewerbe geben die Erwartungen wieder deutlich nach (Saldo von minus 28 nach zuvor minus 18 Punkte).

Im **Handel** verdüstern sich die Geschäftserwartung ebenfalls. Besonders die schwache Nachfrage bereitet den Betrieben große Sorgen. Für 70 Prozent (nach zuvor 65 Prozent) ist die Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko. Entsprechend erwarten fast zwei von fünf Händler (38 Prozent nach zuvor 34 Prozent) eine Verschlechterung der Geschäfte, während nur jeder zehnte (zehn Prozent nach zuvor 13 Prozent) von einer Besserung ausgeht. Der Saldo sinkt um sieben auf minus 28 Punkte. Die Unterschiede zwischen Groß- und Einzelhandel sind dabei eher gering (Einzelhandel Saldo von minus 26 Punkte nach zuvor minus 21 Punkten; Großhandel Saldo von minus 28 Punkte nach zuvor minus 22 Punkten).

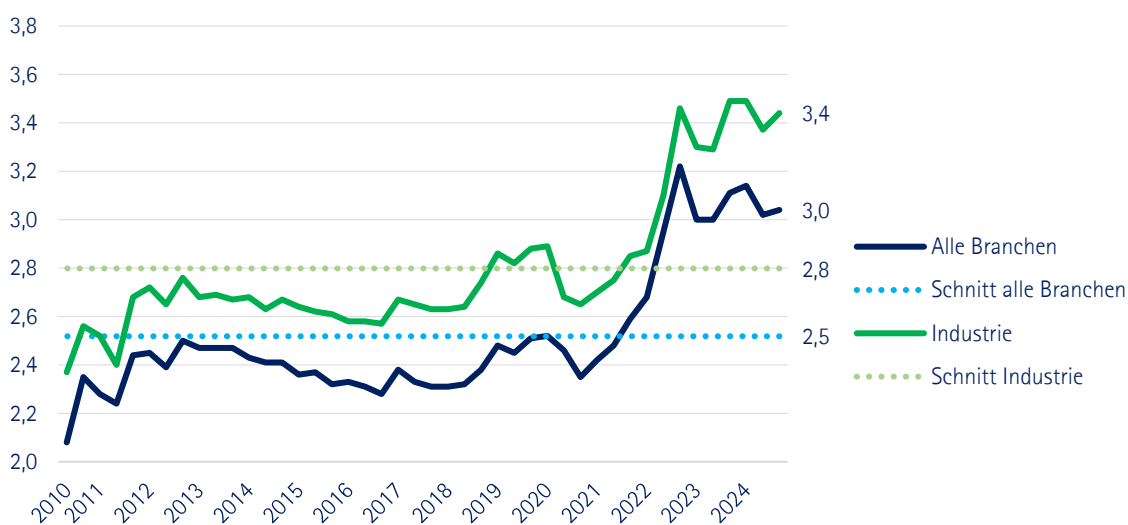
Im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen sind die Geschäftserwartungen im heterogenen **Dienstleistungssektor** noch am wenigsten eingetrübt. Allerdings nimmt auch hier der Anteil der Pessimisten zu. Mittlerweile gehen mehr als ein Viertel (28 Prozent nach zuvor 23 Prozent) von einer Verschlechterung der Geschäfte aus. Nur noch 14 Prozent (nach zuvor 17 Prozent) haben positive Erwartungen. Der Saldo sinkt damit von minus sechs auf minus 14 Punkte. Saisonbedingt geben die Erwartungen im Gastgewerbe wieder nach. Nach einem guten Sommer ist der Ausblick für die Herbst- und Wintermonate getrübt. Hinzu kommen die Sorgen vor steigenden Kosten, insbesondere mit Blick auf den Personaleinsatz. Mittlerweile nennen mit 74 Prozent so viel Betriebe im Gastgewerbe wie nie zuvor Arbeitskosten als Geschäftsrisiko. Das lässt die Geschäftserwartungen deutlich sinken, von minus zehn auf minus 22 Punkte. Pessimistisch sind auch die Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Logistik, der Saldo sinkt um neun auf minus 26 Punkte. Im Gegensatz dazu blicken Finanz- und Versicherungsdienstleister einigermaßen optimistisch in die Zukunft. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt um zwei auf vier Punkte und liegt damit leicht über dem langjährigen Schnitt von zwei Punkten.

## Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft bleibt der Problemdruck hoch. Seit dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine ist die Zahl der Geschäftsrisiken, denen sich die Unternehmen gegenübersehen, nach oben geschneilt. Aber nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine schwächelnde Nachfrage im Inland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern gerade strukturelle Probleme wie unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Arbeitskosten, Fachkräftemangel oder die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise bereiten Sorge. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Aktuell benennt ein Unternehmen im Schnitt 3,0 verschiedene Risiken. In der Industrie sind es 3,4. Das sind beinahe Höchststände (3,2 bzw. 3,5) in der Erfassung des DIHK-Risiko-Indikators.

### DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)



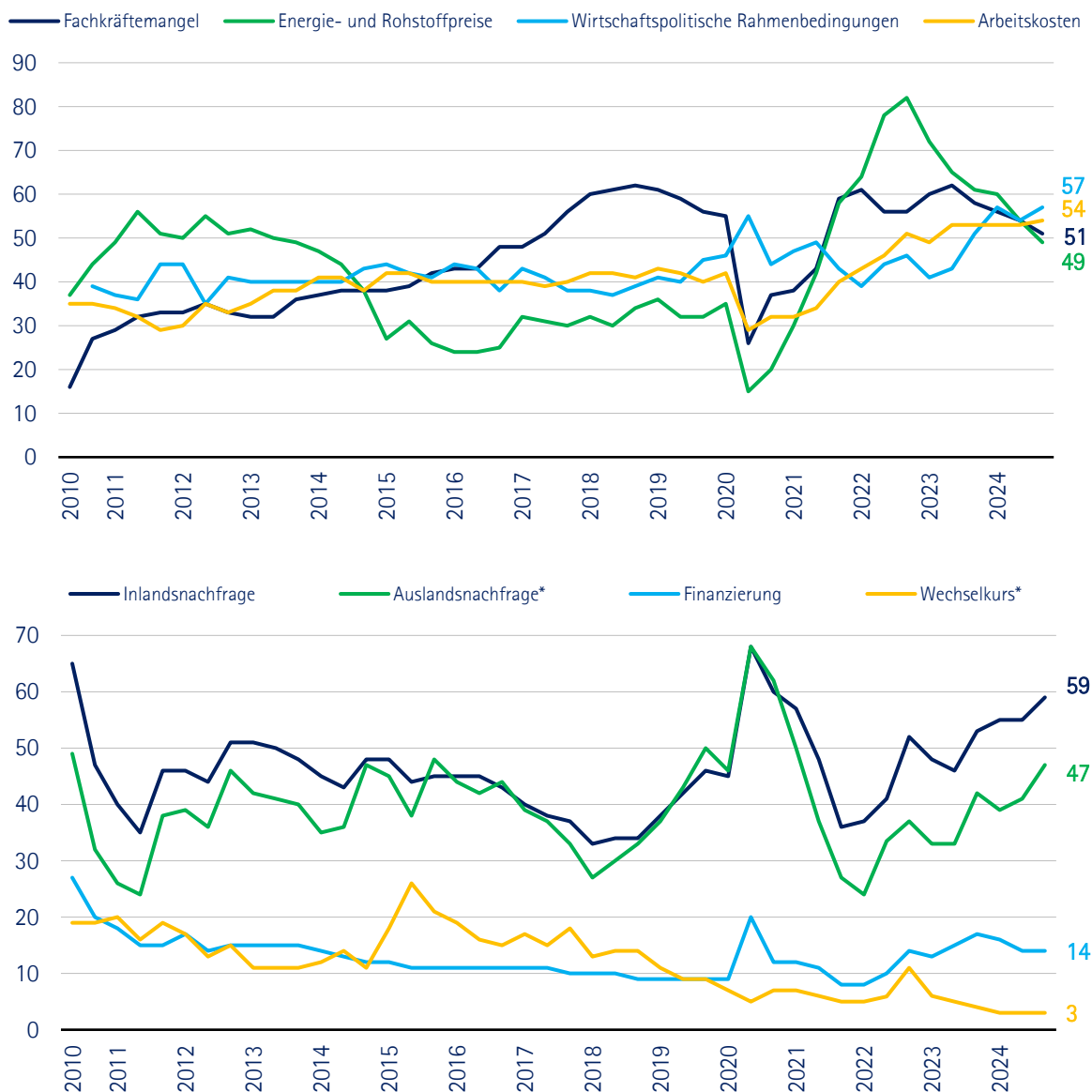
\* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierung, Wechselkurs, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Bei den Geschäftsrisiken der Unternehmen ist seit Beginn des Jahres eine Verschiebung zu beobachten. Noch bis dahin waren die Energie- und Rohstoffpreise das größte Risiko – getrieben durch die teils dramatisch angestiegenen Kosten für Strom- und Gas. Mittlerweile haben sich viele Unternehmen an das höhere Niveau für die Energie „gewöhnt“, haben die Produktion umgestellt, teils verlagert oder versucht, Mehrkosten an Kunden weiterzugeben. In der Konsequenz sieht die Breite der Wirtschaft nicht mehr in den Energie- und Rohstoffpreisen das größte Geschäftsrisiko, sondern in der Nachfrage. Denn mit steigenden Kosten ist die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Produkten „Made in Germany“ gesunken – und nicht alle Kunden sind bereit, die Preiserhöhungen mitzutragen.

Mittlerweile ist mit 59 Prozent (nach zuvor 55 Prozent) die **Inlandsnachfrage** das häufigste Geschäftsrisiko. Darin spiegelt sich nicht nur die Kaufzurückhaltung der Verbraucher wider, sondern auch die Schwäche und Auftragsflaute in der deutschen Industrie. Sieben von zehn **Industriebetriebe** (71 Prozent nach zuvor 66 Prozent) nennen die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko, das ist nur knapp unter dem Höchststand von 74 Prozent im Frühsommer 2020. Die Ursache liegt nicht nur in den anhaltend niedrigen Investitionsplänen im Inland, sondern auch an der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit. Zusätzlich zu den strukturellen Herausforderungen in Deutschland, drückt auch eine schleppende globale Industrieproduktion die ausländischen Auftragseingänge. Ein Beleg ist, dass knapp die Hälfte (47 Prozent) der Betriebe, und damit überdurchschnittlich viele der Exportindustriunternehmen, in der **Auslandsnachfrage** ein Geschäftsrisiko sieht (zuvor 41 Prozent, langjähriger Durchschnitt bei 40 Prozent).

## Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; \*Export-Industrie



Auch im **Handel** geben die Betriebe mit 70 Prozent (zuvor 65 Prozent) die Inlandsnachfrage als häufigstes Geschäftsrisiko an. Trotz gestiegener Einkommen halten sich die Verbraucher beim Konsum weiter zurück. Ebenso üben sich die Unternehmen angesichts der schlechten Konjunktur in Kaufzurückhaltung. Im Baugewerbe insgesamt ist die Inlandsnachfrage zwar nicht die häufigste Sorge (56 Prozent nach zuvor 54 Prozent), aber die Auftragslage ist weiterhin schlecht. Besonders im Hochbau (61 Prozent). Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage am geringsten ausgeprägt, wenngleich auch hier mittlerweile knapp die Hälfte der Betriebe das Risiko nennt (49 Prozent nach zuvor 47 Prozent).

Das zweihäufigste Geschäftsrisiko unter allen Wirtschaftssektoren sind die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen**. Mit 57 Prozent liegen sie wie bereits zu Jahresbeginn auf einem Allzeithoch. Mehr als 6.600 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Etwa 46 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, fast genauso häufig wie in der Vorumfrage (47 Prozent). Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Steuern, Planungsunsicherheit und Investitionen.

## Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 6.600 Freitextantworten)



Am dritthäufigsten, und mit 54 Prozent, werden die **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko genannt. In allen vier Wirtschaftszweigen ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. In der Industrie sind es sogar fast drei von fünf (58 Prozent). Dahinter verbergen sich nicht nur die Lohnsteigerungen als Folge der hohen Inflationsraten. Auch die demografisch bedingten Arbeitskräfteengpässe lassen Fachkräfte knapper und damit teurer werden.

Die langanhaltende wirtschaftliche Schwächephase kommt langsam auch auf dem Arbeitsmarkt an. Zwar sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen eine Herausforderung bleibt. Jedoch nimmt der Druck aktuell etwas ab. Dennoch bekundet jedes zweite Unternehmen (51 Prozent nach zuvor 54 Prozent) Fachkräftemangel als sein Geschäftsrisiko. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine strukturelle Herausforderung für die Unternehmen bleiben. Im Baugewerbe ist der Fachkräftemangel, wie bereits in den letzten Umfragen, das am häufigsten genannte Risiko. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen knapp zwei Drittel der Betriebe (65 Prozent nach zuvor 64 Prozent) über fehlendes qualifiziertes Personal.

Gleich nach Beginn russischen Angriffskrieges in der Ukraine vor mehr als zwei Jahren waren die Energie- und Rohstoffpreise lange Zeit für die Breite der deutschen Wirtschaft das größte Geschäftsrisiko. Noch immer liegen die Gas- und Strompreise deutlich über dem Vorkrisenniveau. Aber zunehmend hat sich ein Gewöhnungseffekt eingestellt. Die erhöhten Preise sind mittlerweile als dauerhafter Kostenblock in die betrieblichen Kalkulationen eingegangen und haben zu Preiserhöhungen, Umstellungen der Produktionskette, Verlagerungen oder Verringerung der Produktion geführt. Entsprechend werden die erhöhten Preise nur noch von knapp der Hälfte der Unternehmen als Geschäftsrisiko wahrgenommen (49 Prozent nach zuvor 54 Prozent). Dort, wo Energie zu den großen Kostenblöcken gehören, benennt allerdings noch eine deutliche Mehrheit der Unternehmen Energie- und Rohstoffpreise als Risiko. In der Industrie sind es 58 Prozent (nach zuvor 63 Prozent) und bei den energieintensiven Unternehmen sind es sogar noch zwei Drittel (66 Prozent nach zuvor 73 Prozent).

## TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	71% (66%) Inlandsnachfrage	65% (64%) Fachkräftemangel	70% (65%) Inlandsnachfrage	56% (53%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
2.	60% (56%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	56% (54%) Inlandsnachfrage	58% (55%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	53% (52%) Arbeitskosten
3.	58% (55%) Arbeitskosten	54% (55%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	52% (52%) Arbeitskosten	53% (56%) Fachkräftemangel
4.	58% (63%) Energie- und Rohstoff- preise	54% (54%) Arbeitskosten	49% (55%) Energie- und Rohstoff- preise	49% (47%) Inlandsnachfrage
5.	47% (41%) Auslandsnachfrage	51% (59%) Energie- und Rohstoff- preise	46% (48%) Fachkräftemangel	44% (49%) Energie- und Rohstoff- preise

Der Anteil der Unternehmen, die im Zugang zur **Finanzierung** einen Risikofaktor sehen, verharrt bei 14 Prozent. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 13 Prozent. Das spricht für eine Gewöhnung an das erhöhte Zinsniveau. Darüber hinaus nähren die sinkenden Inflationsraten auch die Hoffnung auf eine mittelfristige weitere Lockerung der Geldpolitik. Überdurchschnittlich hoch bleibt das Risiko allerdings in den Branchen, die besonders von den hohen Bauzinsen betroffen sind (Immobilienwirtschaft: 35 Prozent nach zuvor 36 Prozent; Hochbau: 25 Prozent nach 33 Prozent), sowie bei den Energieversorgern (38 Prozent nach 33 Prozent).

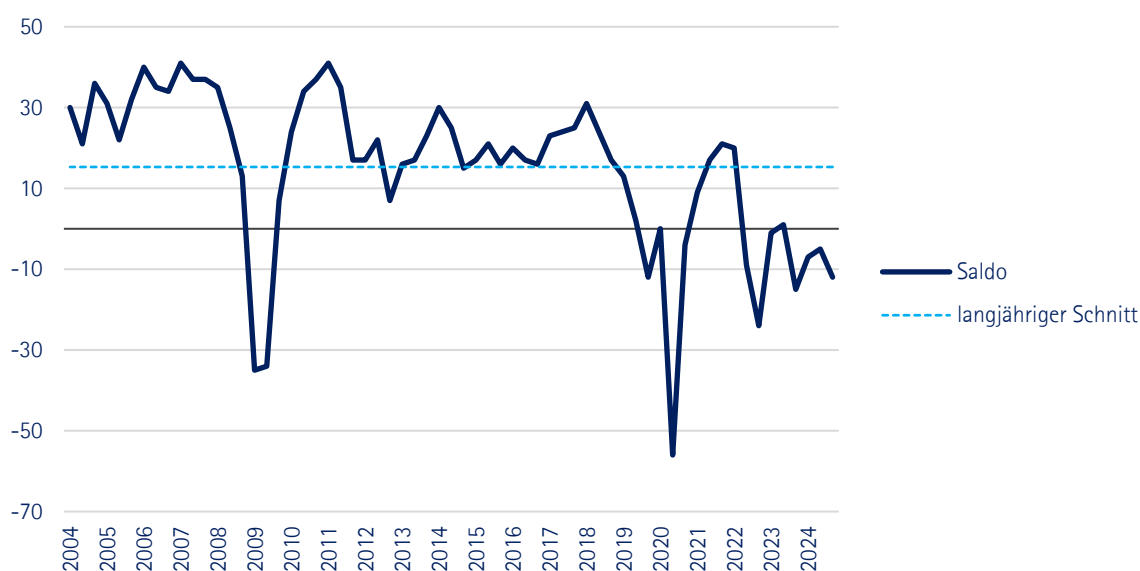
**Wechselkursrisiken** spielen für die Unternehmen derzeit kaum eine Rolle, nur gleichbleibend drei Prozent der exportierenden Industrieunternehmen geben das als Geschäftsrisiko an. Die Reaktionen insbesondere der EZB und der Federal Reserve zur Bekämpfung der Inflation haben zur Stabilität der wichtigsten Wechselkurse deutscher Exporteure beigetragen.

## Exportenerwartungen der Industrieunternehmen

Die insgesamt unerwartet robust wachsende Weltwirtschaft kommt aktuell nicht in den Auftragsbüchern deutscher Exporteure an. Die ohnehin trüben Exportenerwartungen der deutschen Industrie verschlechtern sich weiter. Die hiesigen strukturellen Herausforderungen nagen dabei an der Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie. Weltweiter wachsender Protektionismus und der anhaltende Trend zur Produktion „local for local“ belasten das Auslandsgeschäft zusätzlich. So rechnen 31 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Frühsommer 2024: 26 Prozent). Nur noch knapp jedes fünfte Unternehmen (19 Prozent nach zuvor: 21 Prozent) erwartet eine Steigerung. Die Hälfte der Unternehmen (50 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft (Frühsommer 2024: 53 Prozent). Der Saldo aus höheren und geringeren Exportenerwartungen sinkt von minus fünf auf minus zwölf Punkte. Die aktuellen Einschätzungen zum Exportgeschäft liegen weiterhin weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 15 Punkten.

### Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

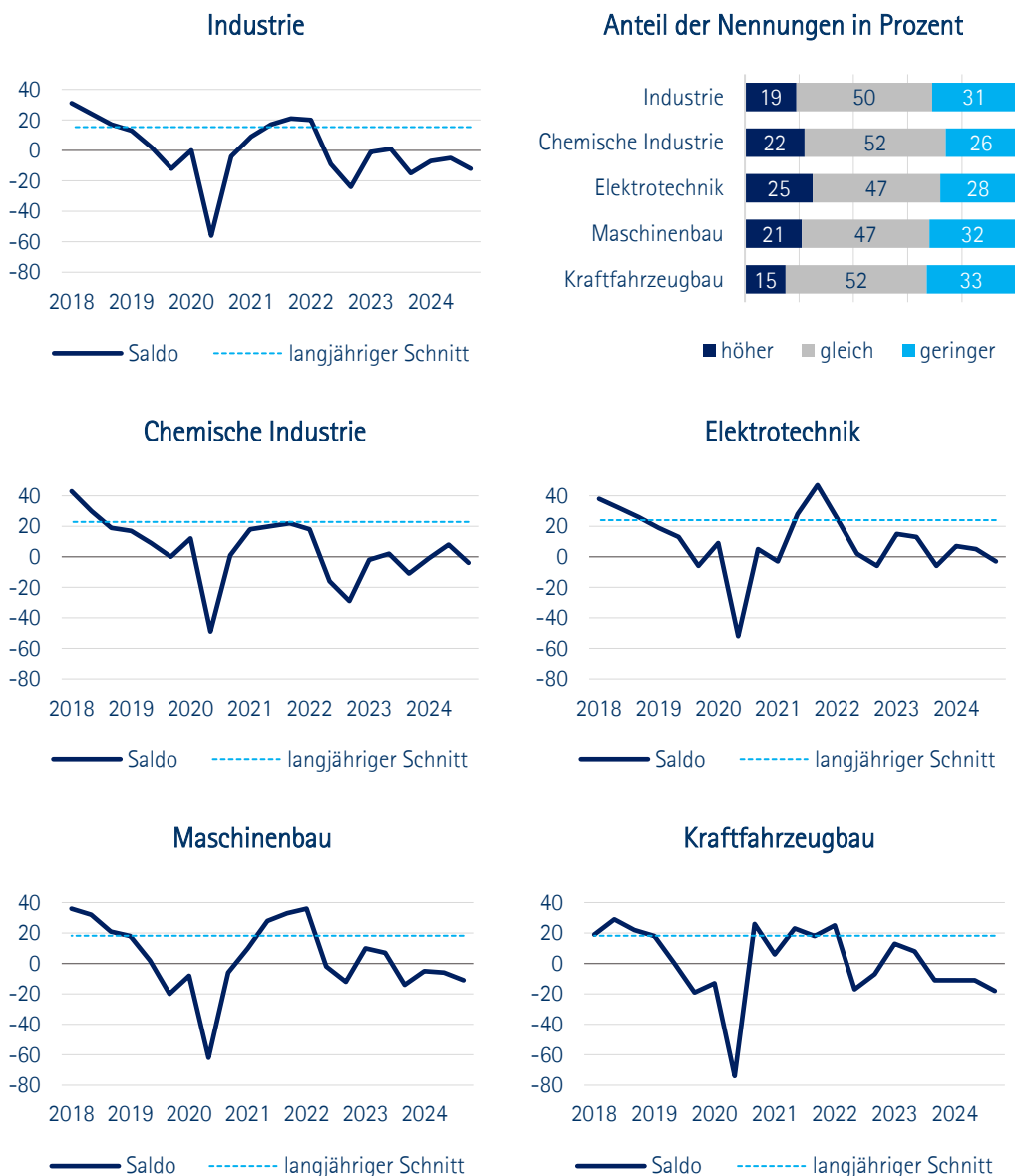


Während sich die Exportenerwartungen über alle Größenklassen hinweg stark verschlechtern, sind die Erwartungen der Unternehmen mit 1.000 oder mehr Beschäftigten im Vergleich zum Frühsommer nur leicht zurück gegangen, zudem rechnen die größeren Unternehmen noch mit einem leichten Exportwachstum (Saldo von acht nach zuvor zehn Punkten). Bei kleinen und mittleren Industrieunternehmen bis 200 Beschäftigten sinkt der Saldo der Exportenerwartungen hingegen um sechs auf minus 18 Punkte.

Wenngleich die Schwächephase in der globalen Industrieproduktion andauert, kann die Entwicklung der Weltwirtschaft insgesamt als robust bezeichnet werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Industrie in Deutschland vor massiven strukturellen Herausforderungen steht. Das wirkt sich auch auf das Auslandsgeschäft aus. Besonders pessimistisch sind dabei die **Vorleistungsgüterproduzenten** hinsichtlich ihrer Exportenerwartungen. Sie stehen angesichts der im internationalen Vergleich hohen Energiekosten unter einem besonderen Wettbewerbsdruck. Nur 15 Prozent (nach zuvor 18 Prozent) der Unternehmen erwarten ein Exportwachstum, 32 Prozent (nach zuvor 27 Prozent) rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo sinkt von minus neun auf minus 17 Punkte. Deutlich verschlechtern sich auch die Exportenerwartungen der zuletzt noch zuversichtlicheren **Chemischen Industrie**: Der Saldo dreht von acht Punkte auf minus vier Punkte sogar ins Negative und liegt damit weit unter dem langjährigen Schnitt von 23 Punkten. Auch die Betriebe der **Metallerzeugung und -bearbeitung** passen ihre bereits niedrigen Erwartungen für das Auslandsgeschäft noch weiter nach unten an. Der Saldo sinkt deutlich von minus 19 auf minus 28 Punkte. Stabil im Vergleich zur Vorumfrage, wenngleich weiterhin im negativen Bereich bleiben die Erwartungen der **Gummi- und Kunststoffindustrie**. Der Saldo verharrt bei minus 13 Punkten.

## Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die weltweit stagnierende Industrieproduktion in Kombination mit großen strukturellen Herausforderungen im Inland und wachsender Konkurrenz im Ausland treffen **Investitionsgüterproduzenten** empfindlich. Ihre Aussichten für die Entwicklung ihrer Ausfuhren sind überwiegend negativ. Nur 22 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 31 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo aus höheren und geringeren Erwartungen sinkt damit deutlich von minus drei Punkte in der Vorumfrage auf aktuell minus neun Punkte. Mit den Kraftfahrzeug- und Maschinenbauern prognostizieren auch zwei der wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft eine negative Entwicklung ihres Auslandsgeschäfts: Bei den **Kraftfahrzeugbauern** sinkt der Saldo der erwarteten Ausfuhren deutlich von minus elf auf minus 18 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit fünf Jahren (Herbst 2019: minus 19 Punkte). Auch im **Maschinenbau** verschlechtern sich Exporterwartungen für die kommenden zwölf Monate. Der Saldo sinkt von minus sechs auf minus elf Punkte und liegt damit weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 18 Punkten. Etwas besser sind die Einschätzungen zum Auslandsgeschäft der **Hersteller von Elektrotechnik**, allerdings trüben sich auch bei diesen die Perspektive auf das Auslandsgeschäft: Der Saldo dreht von fünf Punkten im Frühsommer auf minus zwei Punkte ins Negative. Positiv stechen die **Medizintechnikproduzenten** heraus. Hier rechnen die Unternehmen überwiegend mit steigenden Ausfuhren. Der Saldo steigt merklich von zwölf auf 18 Punkte an.

Auch im Bereich der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** trüben sich die Exporterwartungen ein. Trotz weltweit sinkender Inflationsraten und damit einhergehender Kaufkraftsteigerungen der Verbraucher verdüstern sich die Aussichten der Konsumgüterhersteller sogar wieder von null auf minus fünf Punkte. Entgegen dem allgemeinen Trend zeigt sich die **Pharmazeutische Industrie** indes zuversichtlicher bei ihren Ausfuhren. Die Branche profitiert von weltweiten steigenden Lebenserwartungen und Verbesserungen der medizinischen Versorgung. Der Saldo steigt von 13 Punkten auf 26 Punkte und nähert sich damit dem langjährigen Schnitt von 33 Punkten.



## Investitionsabsichten der Unternehmen

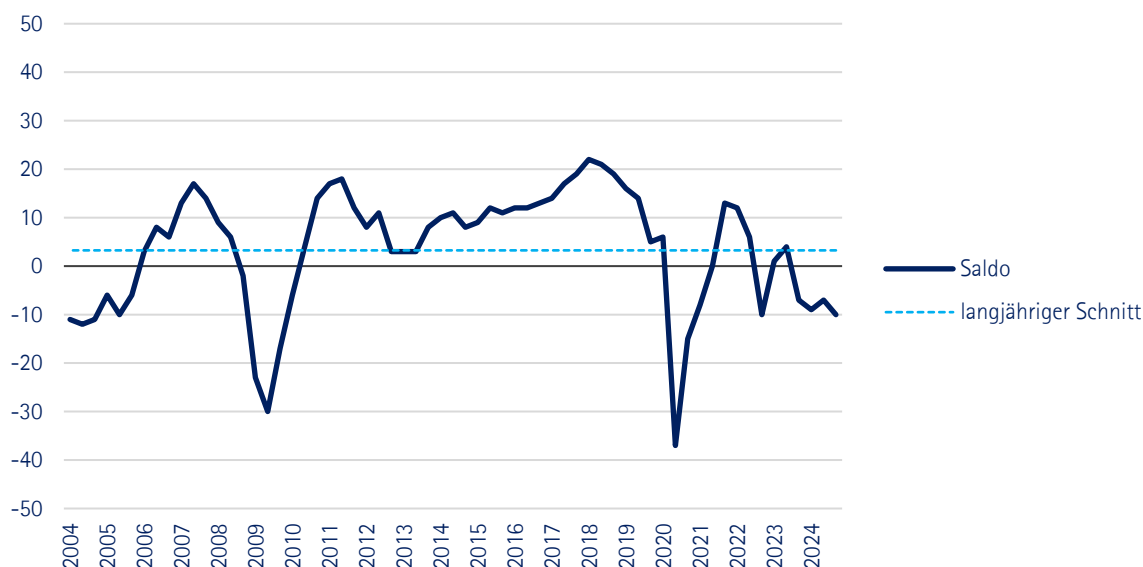
Die schlechte konjunkturelle Lage und die großen strukturellen Probleme am heimischen Standort belasten die Investitionen der Unternehmen im Inland. Nach einer geringfügigen Erholung im Frühsommer gehen die Investitionsabsichten im Herbst 2024 wieder zurück. Während 23 Prozent (zuvor 24 Prozent) der Betriebe mit erhöhten Investitionen planen, gibt ein Drittel an (33 Prozent nach zuvor 31 Prozent), Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt auf minus zehn Punkte und liegt damit deutlich unter dem langjährigen Schnitt von plus drei Punkten.

Die Risiken für die Geschäftsentwicklung dämpfen die Investitionsvorhaben der Unternehmen. Unternehmen, die sowohl in der Inlands- als auch Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen einen deutlich niedrigeren Investitionssaldo auf (minus 25 bzw. minus 29 Punkte) als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus zehn Punkte). Unternehmen, die sich um Energie- und Rohstoffpreise, um Arbeitskosten und um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen, haben ebenfalls spürbar reduzierte und unterdurchschnittliche Investitionspläne für inländische Standorte.

Bezogen auf die Unternehmensgröße weisen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten noch die expansivsten Investitionspläne auf, wenngleich auch diese Pläne im Vergleich zur Vorumfrage verhaltener ausfallen. Der Saldo sinkt von elf auf vier Punkte. Kleine und mittlere Unternehmen sind deutlich restriktiver und senken ihre ohnehin bereits niedrigen Investitionsabsichten um drei Punkte auf minus zwölf Saldopunkte.

### Investitionsabsichten der Unternehmen

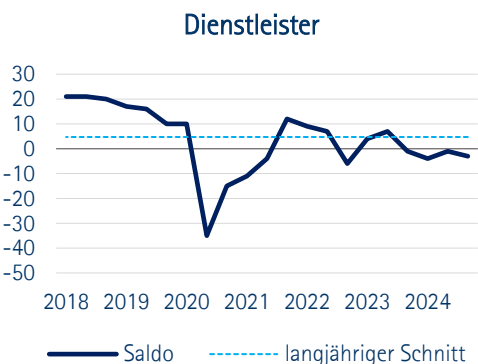
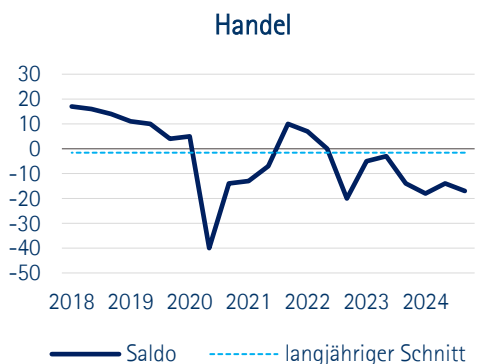
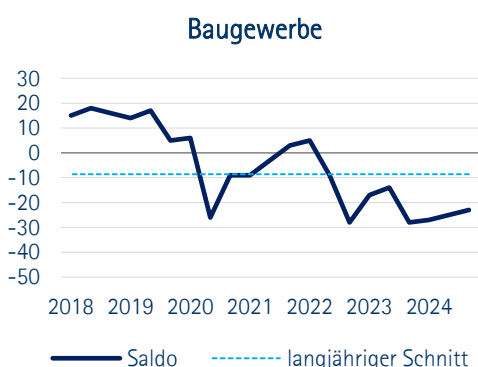
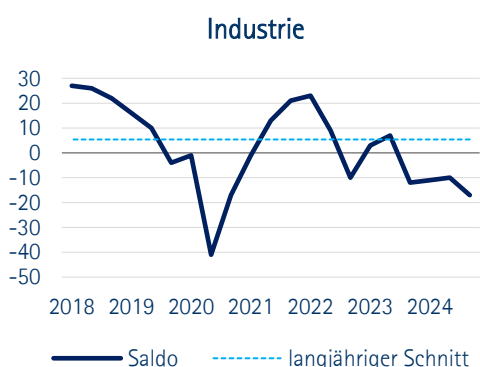
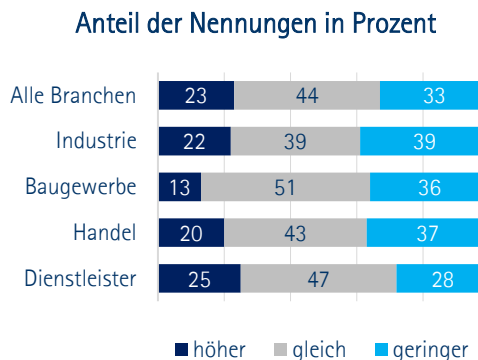
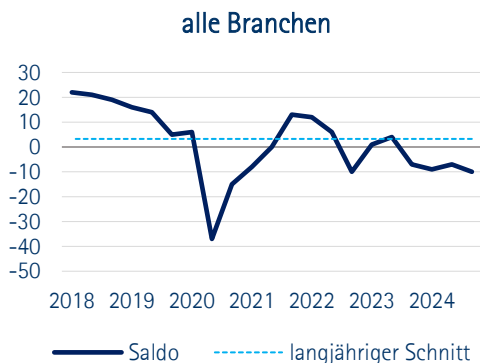
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die aktuelle wirtschaftliche Schwäche und Investitionszurückhaltung zeigt sich auch in den Investitionsmotiven der Unternehmen. Die häufigsten Motive sind der Ersatzbedarf (67 Prozent nach zuvor 66 Prozent) und mit einigem Abstand die Rationalisierung (gleichbleibend 32 Prozent). Angesichts der schwachen Nachfrage plant nur ein kleiner Teil der Unternehmen die Ausweitung von Kapazitäten. Der Anteil geht von schwachen 20 Prozent auf 19 Prozent zurück. Das ist der niedrigste Wert seit der Finanzkrise 2008/2009. Weiter in den Hintergrund tritt auch das Motiv, in den Bereich Umweltschutz zu investieren, um beispielsweise den zahlreichen gesetzlichen Anforderungen etwa zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz in den Betrieben gerecht zu werden oder den gestiegenen Kundenwünschen nach nachhaltigen Produkten zu entsprechen (23 Prozent nach zuvor 24 Prozent). Das Motiv Produktinnovation nimmt geringfügig zu, bleibt aber unterdurchschnittlich (28 Prozent nach zuvor 27 Prozent, langjähriger Durchschnitt 30 Prozent).

## Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

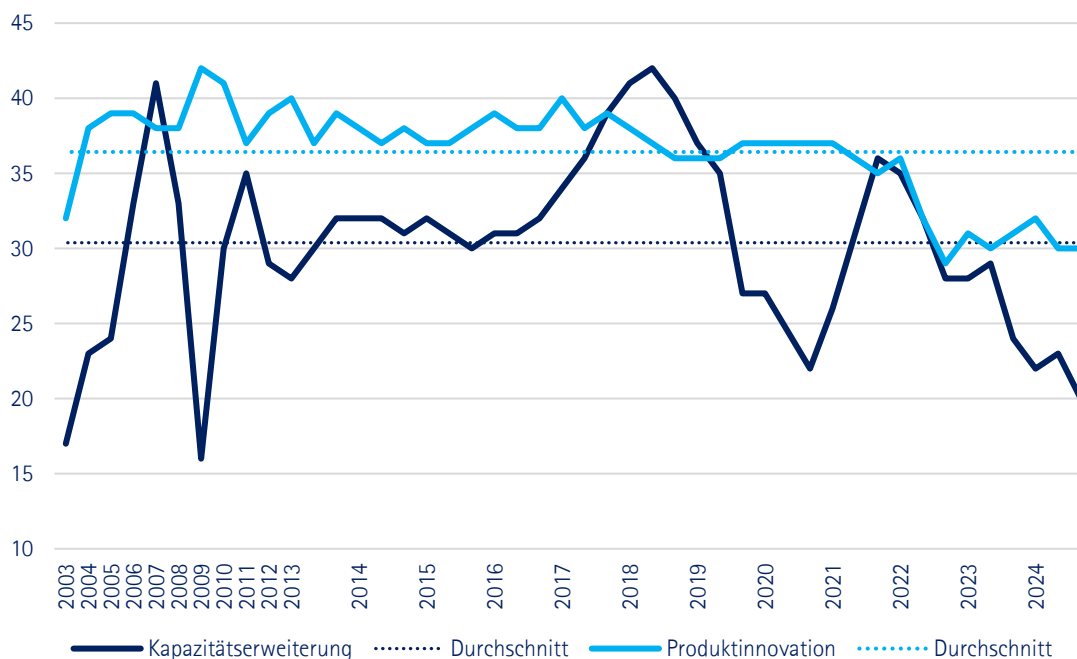


Angesichts der besonders schlechten Stimmung geben in der **Industrie** im Vergleich der Wirtschaftszweige die Investitionspläne am stärksten nach. Zwei von fünf Unternehmen haben restriktive Investitionsabsichten (39 Prozent nach zuvor 34 Prozent), nur 22 Prozent planen expansiv (zuvor 24 Prozent). Der Saldo der Investitionspläne fällt in der Industrie damit deutlich von minus zehn Punkte auf nunmehr minus 17 Punkte. Während sich bei den Ge- und Verbrauchsgüterherstellern die Investitionspläne nur geringfügig verschlechtern (Saldo von minus fünf nach zuvor minus zwei Punkten), sind bei den Vorleistern und den Herstellern von Investitionsgütern deutliche Kürzungen der Investitionsbudgets zu erwarten (Saldo von minus 26 nach zuvor minus 17 Punkten bzw. Saldo von minus 20 nach zuvor minus elf Punkten). Besonders dramatisch sehen sich die Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung gezwungen ihre Investitionen im Inland einzuschränken (Saldo sinkt um 13 auf minus 30 Punkte). Gründe sind die angespannte Nachfragesituation und die weiterhin wenig wettbewerbsfähigen Energiekosten. Im Kraftfahrzeugbau hinterlässt der Wandel zur Elektromobilität tiefe Spuren in den Investitionsplänen. Der Saldo sackt um 14 auf minus 29 Punkte ab. Positiv heraus stechen die Unternehmen der Pharmaindustrie und die Energieversorger. Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft beabsichtigen sie, ihre Investitionen deutlich auszuweiten (Saldo von 34 nach zuvor 19 Punkten bzw. Saldo von 55 nach zuvor 61 Punkten).

Der Anteil der Betriebe, die in den Kapazitätsausbau investieren wollen, sind in der Industrie weiterhin unterdurchschnittlich (20 Prozent nach zuvor 23 Prozent). Lediglich zur Finanzkrise 2009 und der Strukturkrise 2003 lag der Wert noch niedriger. Auch der Anteil der Betriebe, die in die Produktinnovation investieren wollen, liegt mit gleichbleibend 30 Prozent nur knapp über dem historischen Tiefststand von 29 Prozent (im Herbst 2022).

## Investitionsmotiv Kapazitätsausweitung und Produktinnovation in der Industrie

(Anteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2003 bis 2012 Befragung jährlich, ab 2012 3x jährlich)



Im **Dienstleistungssektor** stellen sich nicht nur die Geschäftslage und die Erwartungen positiver dar als in den anderen Wirtschaftszweigen, sondern auch die Investitionsabsichten der Betriebe. Ein Viertel will seine Investitionen ausweiten (25 Prozent nach 26 Prozent), 28 Prozent planen mit Kürzungen (nach 27 Prozent). Damit sinkt der Saldo der Investitionsabsichten geringfügig um zwei auf minus drei Punkte. Überwiegend expansive Investitionspläne haben die Betriebe aus dem Bereich Gesundheit und Soziale Dienste (Saldo von 22 nach zuvor 17 Punkten). Gleiches gilt für die Finanz- und Versicherungsdienstleister (Saldo von 21 nach zuvor 24 Punkte). Die Unternehmen im Bereich Leasing/Vermietung, die rund 20 Prozent der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen stemmen, sehen hingegen drastische Kürzungen bei ihren Investitionsbudgets vor (Saldo von minus 22 nach zuvor minus sechs Punkten; langjähriger Schnitt bei minus drei Punkten). Mit Blick auf die Motivlage ist im Dienstleistungssektor kaum Veränderung zur Vorumfrage zu erkennen.

Die Investitionspläne im **Handel** verschlechtern sich wieder. Nur jeder fünfte Händler (20 Prozent nach zuvor 22 Prozent) will sein Investitionsbudget ausweiten, während 37 Prozent (nach zuvor 36 Prozent) Kürzungen vornehmen müssen. Der Saldo sinkt damit leicht um drei auf minus 17 Punkte. Häufigstes Motiv für Investitionen ist mit gleichbleibend 65 Prozent der Ersatzbedarf, nur im Herbst 2024 lag dieser Anteil noch höher. Abstriche machen die Händler besonders bei den Themen Kapazitätsausweitung (17 Prozent nach 19 Prozent) und Umweltschutz (17 Prozent nach 20 Prozent).

Die leichte Aufhellung der Geschäftslage im **Baugewerbe** hat auch eine geringfügige Verbesserung der Investitionsabsichten zur Folge, wenngleich die Baubetriebe immer noch überwiegend restriktiv planen. Der Anteil der Unternehmen, die Kürzungen vornehmen wollen, sinkt leicht von 38 auf 36 Prozent, gleichbleibend 13 Prozent wollen ihr Investitionsbudget erhöhen. Der Investitionssaldo verbessert sich um zwei auf minus 23 Punkte und liegt damit leicht über dem Vorjahreswert (minus 28 Punkte). Bei den Investitionsmotiven ist im Baugewerbe wenig Änderung zur Vorumfrage erkennbar. Lediglich das Motiv Umweltschutz wird im Vergleich zum Frühsommer merklich seltener genannt (18 Prozent nach zuvor 21 Prozent).

## Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätserweiterung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	32 (32)	28 (27)	19 (20)	23 (24)	67 (66)
Industrie	42 (42)	30 (30)	20 (23)	30 (31)	66 (65)
Baugewerbe	23 (23)	18 (18)	17 (18)	18 (21)	81 (80)
Handel	31 (31)	23 (22)	17 (19)	17 (20)	65 (65)
Dienstleistungen	29 (38)	28 (28)	19 (19)	21 (22)	66 (65)

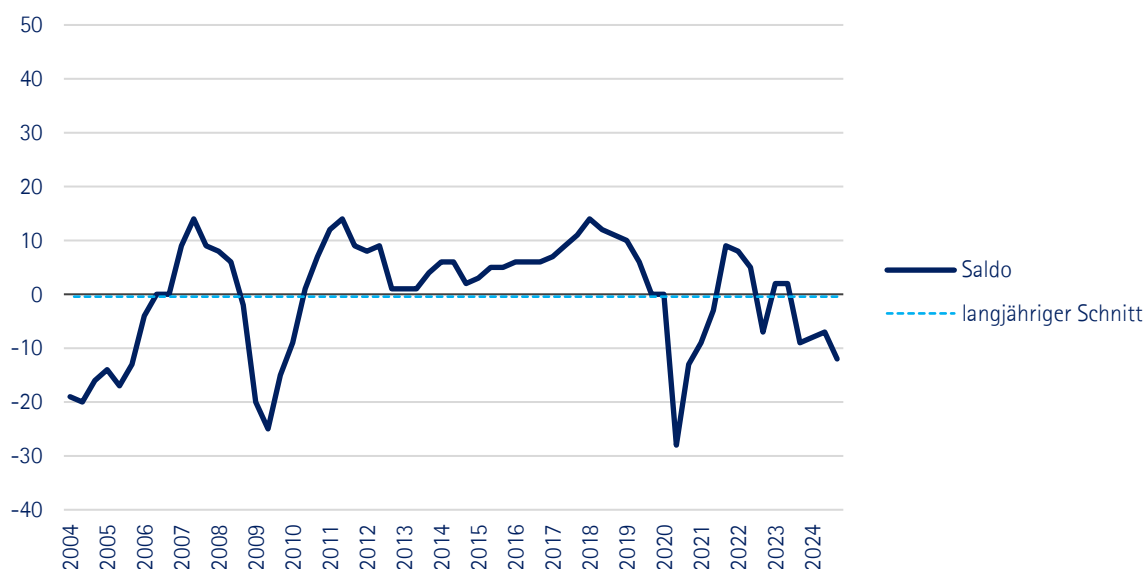
## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Die schlechte Stimmung der Wirtschaft hinterlässt immer tiefere Spuren bei der Beschäftigung. Während der Arbeitsmarkt noch erstaunlich unbeschadet durch die Corona-Pandemie und Energiepreiskrise gekommen ist, reduzieren die Betriebe nun zunehmend ihre Beschäftigungspläne. So wollen nur noch zwölf Prozent der Unternehmen mehr Personal einstellen (zuvor 13 Prozent), während ein Viertel (24 Prozent nach zuvor 20 Prozent) von weniger Beschäftigten ausgeht. Der resultierende Saldo liegt mit minus zwölf Punkten merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten und auch um drei Punkte unter dem Vorjahreswert.

Bezogen auf die Unternehmensgröße bewegen sich die Beschäftigungsabsichten über alle Größenklassen hinweg in einem ähnlichen Bereich. Lediglich Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) planen etwas weniger restriktiv. Der Saldo liegt mit minus vier Punkten (nach zuvor drei Punkten) sogar noch leicht über dem langjährigen Schnitt (minus sieben Punkte). Die allgemeine schwache Investitionsneigung der Unternehmen belastet auch die Beschäftigungspläne. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten von Unternehmen, die Investition senken wollen, liegt bei minus 40 Punkten. Hingegen wollen Unternehmen, die Investitionen erhöhen, tendenziell auch die Beschäftigung ausweiten (Beschäftigungssaldo bei 17 Punkten).

### Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

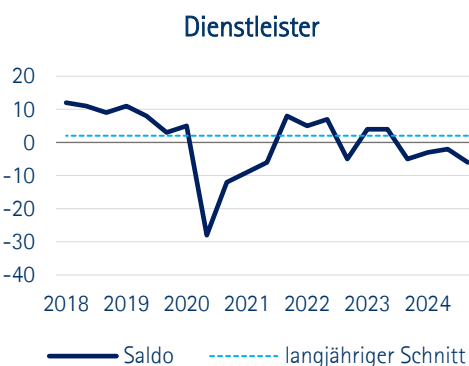
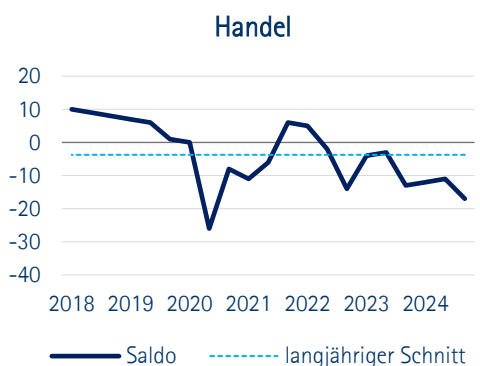
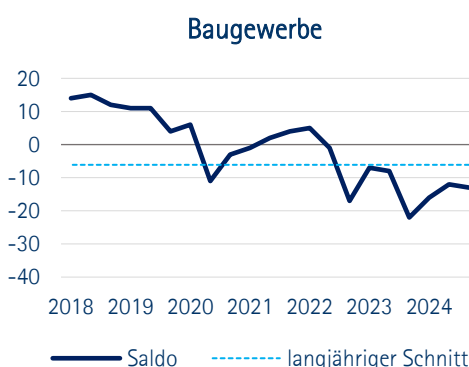
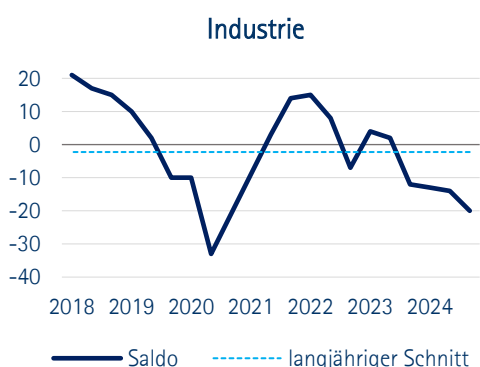
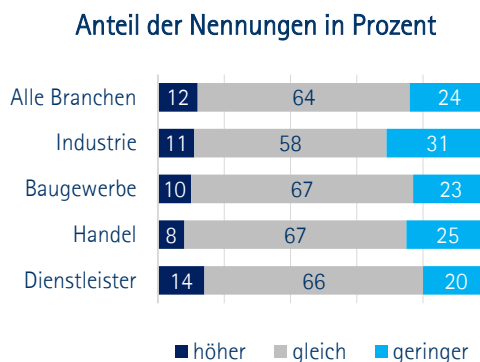
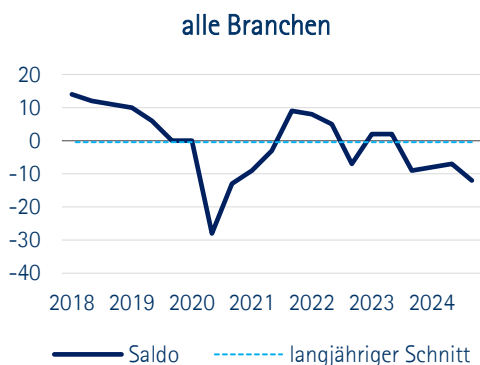


Die seit längerem schwache Auftragslage gepaart mit hohen Kosten führt insbesondere in der **Industrie** zu negativen Beschäftigungsplänen am heimischen Standort. Ein Drittel der Industriebetriebe plant Personal zu reduzieren (31 Prozent nach zuvor 26 Prozent), nur elf Prozent rechnen mit Personalaufbau (nach zuvor zwölf Prozent). Der Saldo der Beschäftigungspläne sinkt damit von minus 14 auf minus 20 Punkte. Noch vor einem Jahr lag der Saldo bei lediglich minus fünf Punkten. Besonders stark schrauben die mittelständischen Industriebetriebe mit 200 bis 1.000 Beschäftigten ihre Stellenpläne nach unten. Der Saldo sinkt um neun auf minus 24 Punkte.

Besonders negativ sind die Beschäftigungserwartungen in der Automobilindustrie. Vor allem der Wandel zur Elektromobilität führt zu deutlichen Anpassungen beim Personal, und hier insbesondere in der Zuliefererindustrie. Mehr als die Hälfte der Betriebe in der Kfz-Industrie plant einen Personalabbau (51 Prozent nach zuvor 41 Prozent), nur sieben Prozent (nach zuvor neun Prozent) rechnen mit mehr Beschäftigung. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt im Kraftfahrzeugbau damit um zwölf auf minus 44 Punkte. Das ist der niedrigste Stand seit dem Höhepunkt der Pandemie (Herbst 2020: Minus 60 Punkte). Positiv aus den verschiedenen Industriesparten sticht neben den Energieversorgern die Pharmaindustrie heraus. Die positiven Geschäftserwartungen und geplante Zuwächse bei den Investitionen führen auch zu überwiegend expansiven Beschäftigungsplänen.

## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



So steigt der Saldo der Beschäftigungsabsichten um 13 auf 19 Punkte und liegt damit sogar über dem langjährigen Durchschnitt von zwölf Punkten. Mit einem deutlichen Mitarbeiteraufwuchs planen auch die Energieversorger. Der Personalbedarf, um die Energiewende zu meistern, ist nach wie vor hoch: Der Saldo steigt von 33 auf 38 Punkte, welcher nur unwesentlich unter dem Rekordstand von vor einem Jahr liegt (41 Punkte).

Auch in der **Bauwirtschaft** sind die Beschäftigungsplanungen weiterhin verhalten. Das hat allerdings auch saisonale Gründe. Trotz aktuell noch schwacher Baukonjunktur ist der Fachkräftemangel weiterhin das größte Geschäftsrisiko in der Branche (65 Prozent nach zuvor 64 Prozent). Etliche Betriebe müssen Stellen nachbesetzen, die durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitenden frei werden, um bei wieder möglichen Aufträgen ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Entsprechend bleibt der Saldo der Beschäftigungsabsichten bei minus 13 Punkten annähernd konstant im Vergleich zur Vorumfrage (minus zwölf). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aber ein erfreuliches Plus von neun Saldopunkten.

Die schlechte Geschäftslage und die überwiegend negativen Erwartungen drücken auch die Beschäftigungspläne im **Handel** nach unten. Nicht nur die schwache Inlandsnachfrage, sondern auch Arbeitskosten und unsichere

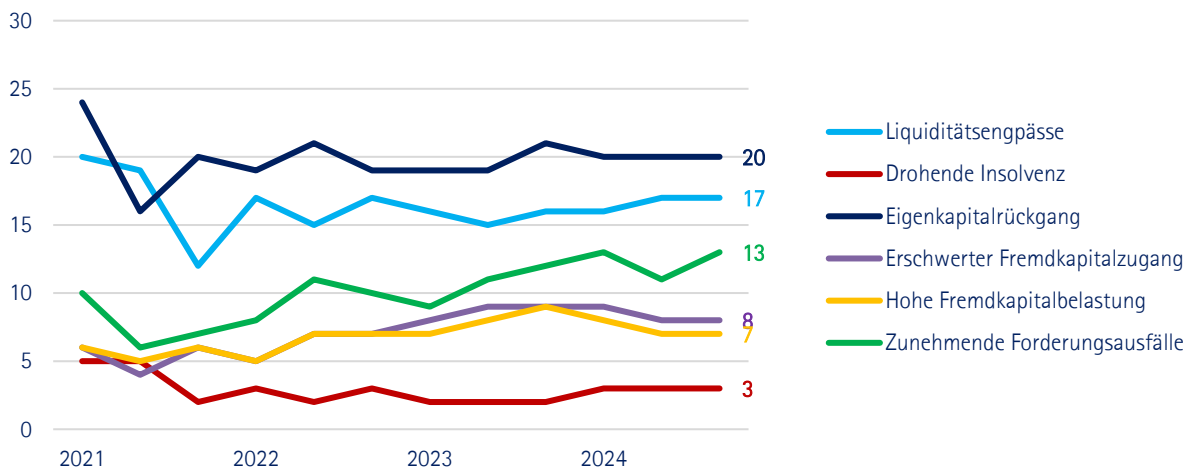
wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen machen den Betrieben zu schaffen. Nur acht Prozent der Unternehmen (nach zuvor zehn Prozent) planen, die Zahl ihrer Mitarbeitenden auszuweiten, während ein Viertel (25 Prozent nach zuvor 21 Prozent) mit weniger Personal rechnen muss (Saldo minus 17 Punkte nach zuvor minus elf Punkte; langjähriger Durchschnitt: minus vier Punkte).

Auch bei den **Dienstleistungen** neigen sich die Einstellungsabsichten ins Negative. Nur 14 Prozent (nach 16 Prozent) rechnen mit einem Stellenzuwachs. Jeder fünfte Betrieb (20 Prozent nach zuvor 18 Prozent) geht hingegen von sinkender Beschäftigung in den kommenden zwölf Monaten aus (Saldo minus sechs nach zuvor minus zwei Punkten). Der heterogene Dienstleistungsbereich ist damit von allen Wirtschaftszweigen noch am wenigsten restriktiv in den Beschäftigungsplänen. Entgegen dem allgemeinen Trend setzt sich in der Finanz- und Versicherungswirtschaft der seit einem Jahr zu beobachtende Trend, Beschäftigungspläne leicht auszuweiten, auch im Herbst weiter fort (Saldo steigt von drei auf fünf Punkte). Gleiches gilt für den Bereich Gesundheit und Soziale Dienste. Die Branche hat aufgrund des demografischen Wandels kein großes Nachfrageproblem. Vielmehr geben mehr als drei Viertel der Betriebe den Fachkräftemangel als das mit Abstand größte Geschäftsrisiko an (78 Prozent). Im Gastgewerbe haben sich die Einstellungspläne indes wieder etwas eingetrübt. Die Betriebe planen überwiegend mit weniger Personal. Der Saldo sinkt leicht um fünf auf minus 19 Punkte. Die hohen Kosten für die Betriebe hinterlassen Spuren: So sehen mit 74 Prozent so viele Betriebe wie nie zuvor in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko, für 73 Prozent sind es die hohen Preise für Energie und Rohstoffe.

## Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

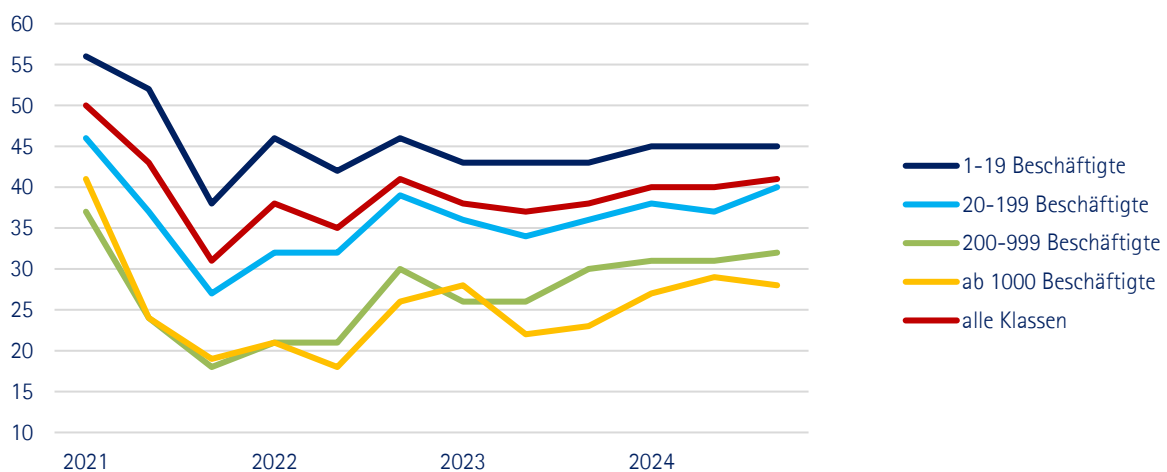
Trotz der schwachen Konjunktur, der verschlechterten Geschäftslage und der negativen Geschäftserwartungen hat sich zumindest die Finanzlage der Unternehmen insgesamt im Vergleich zur Vorumfrage kaum verändert. Zwei von fünf Betrieben (41 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein. Im Gleichlauf mit der deutlichen Verschlechterung vor allem der Industriekonjunktur bewertet die Industrie ihre Finanzlage deutlich schlechter: Hier schätzen 41 Prozent der Unternehmen ihre Finanzlage als problematisch ein, im Frühsommer waren es nur 37 Prozent.

### Folgende Finanzprobleme belasten die Unternehmen (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Im Vordergrund der spezifizierten Finanzprobleme der Gesamtwirtschaft steht nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (gleichbleibend 20 Prozent). Auch der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 17 Prozent weiterhin bedeutend. In der Breite der Wirtschaft hat der Anteil der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen, wieder zugenommen (13 nach zuvor elf Prozent). Der Anteil der Betriebe, deren Bilanzen bereits durch eine hohe Verschuldung belastet sind, bleibt bei sieben Prozent. Über einen erschwerten Zugang zu Bankfinanzierung berichten acht Prozent der Unternehmen. Die Anzahl der Unternehmen, die sich von Insolvenz bedroht sehen, ist konstant bei drei Prozent.

### Anteil der Unternehmen mit problematischer Finanzlage nach Beschäftigtengrößenklasse (in Prozent)



Bezogen auf die Unternehmensgröße weisen kleinere Unternehmen im Allgemeinen eine kritischere Finanzlage auf als die Großen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass sich gerade bei den Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten



die Finanzlage wahrnehmbar seit Mitte 2023 verschlechtert hat. Nunmehr melden schon 28 Prozent dieser Betriebe (im Vorjahr: 22 Prozent) mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage. Die Probleme umfassen das gesamte Set an Beeinträchtigungen – von vermehrten Liquiditätsengpässen über mehr Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital, steigende Zinslasten, höhere Forderungsausfälle, schwindendes Eigenkapital bis hin zur leichten Zunahme einer drohenden Insolvenz. In den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten ist mit 45 Prozent weiterhin jeder zweite Betrieb von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (25 Prozent) und Liquiditätsengpässe (19 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen eine große Herausforderung.

Eine zunehmende Verschlechterung der Finanzlage zeigt sich vor allem bei industriellen Kernbranchen. So berichten die Unternehmen aus dem Kraftfahrzeugbau von zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten. Im Gleichlauf mit einer deutlich schlechteren Lagebewertung und sinkenden Geschäftserwartungen haben sich die Finanzierungsbedingungen verschärft. Nunmehr sieht sich die Hälfte der Kraftfahrzeugbauer (51 Prozent) Hemmnissen in der Unternehmensfinanzierung gegenüber, nach 39 Prozent in der Vorumfrage. Bei den Herstellern von Kfz-Teilen und Zubehör trifft das auf sogar auf 54 Prozent der Unternehmen zu (43 Prozent in der Vorumfrage). Dabei werden vor allem steigende Forderungsausfälle, zunehmende Liquiditätsengpässe und Eigenkapitalrückgang genannt. Stärker als andere Industriezweige haben diese Unternehmen auch Schwierigkeiten beim Zugang zu frischem Fremdkapital (21 Prozent im Kraftfahrzeugbau).

In der Bauwirtschaft sind die Finanzierungsbedingungen etwas besser als in der Industrie. Auch im Vergleich zur Vorumfrage berichten weniger Unternehmen von Schwierigkeiten in der Finanzierung. Forderungsausfälle und Liquiditätsengpässe sind zurückgegangen, der Eigenkapitalschwund fällt geringer aus und auch frisches Fremdkapital ist leichter zu bekommen.

### Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	19	17	10	14	17
Drohende Insolvenz	4	2	2	2	3
Eigenkapitalrückgang	25	18	13	8	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	8	7	9	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	8	8	9	7
Zunehmende Forderungsausfälle	12	14	14	8	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	55	60	68	72	59
Unsere Finanzlage ist problematisch	45	40	32	28	41

### Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	17	14	18	17	17
Drohende Insolvenz	3	2	3	3	3
Eigenkapitalrückgang	18	17	22	22	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	7	7	8	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	8	6	7	7	7
Zunehmende Forderungsausfälle	13	15	15	12	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	59	63	57	60	59
Unsere Finanzlage ist problematisch	41	37	43	40	41

# DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2023	DIHK-Prognose 2024	DIHK-Prognose 2025
BIP	-0,3	-0,2	0,0
Private Konsumausgaben	-0,4	0,0	+0,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	+2,0	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-1,2	-3,2	-0,1
– Ausrüstungen	-0,8	-6,5	-1,0
– sonstige Anlagen	+4,7	+3,5	+2,5
– Bauten	-3,4	-3,5	-0,5
Export (Waren und Dienstleistungen)	-0,3	0,0	0,0
Import (Waren und Dienstleistungen)	-0,6	-0,5	+1,0
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+336	+170	+50
Verbraucherpreise	5,9	+2,2	+2,0